



KLANGPROBE

Engagierter Klartext
Die Smarslies wollen die Welt mit ihrer Punk-Musik vor dem Abstumpfen bewahren Seite 35

AUSGEHEN

Krebse und Carpaccio
In der Rosenzeit bietet Nina Schumacher täglich frisch zubereitete Speisen an Seite 32



Köln MÜLHEIM, KALK, DEUTZ



Im Bereich der Eiler Straße in Rath-Heumar soll eine neue Bushaltestelle entstehen. Der ehemalige Bahnhof könnte sich eignen. BILDER: RAMME

Widerstand gegen den Schutzstreifen

PLANUNG Radfahren auf der Frankfurter Straße

VON UWE SCHÄFER

Mülheim. Die Umbaupläne für die Frankfurter Straße sorgen weiter für heftige Auseinandersetzungen. Nachdem die Bezirksvertretung Mülheim mehrheitlich und der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig der Vorlage mit Änderungen zustimmten, bereitet ein Gegner des geplanten Radfahrer-Schutzstreifens eine Klage vor. Die Stadt will die Frankfurter Straße mit Mitteln aus „Mülheim 2020“ umgestalten. Die Fahrbahn soll verengt werden zugunsten der Fußwege, Streifen für Radfahrer sollen angelegt werden. Einige dieser Veränderungen basieren auf Vorschlägen der Bürgerinitiative „Planung von unten“ und werden von den Grünen in der Bezirksvertretung unterstützt. Beide waren gegen einen Radfahrer-Schutzstreifen: der sei zu schmal und lasse zu wenig Sicherheitsabstand zu vorbeifahrenden Autos. Doch am Ende votierten auch die Grünen bei Enthaltung von Günter Hermes für diese Verkehrseinrichtung.

Nun plant Marco Laufenberg, Mitglied von „Planung von unten“, gegen diese Lösung zu klagen. Seiner Einschätzung nach würde ein solcher Streifen die Situation der Radfahrer eher verschlechtern als verbessern. Die Streifen, auf 1,75 Meter Breite angelegt, seien zu schmal. Nach rechts reiche der Platz nicht, um auszuweichen, wenn jemand die Tür seines geparkten Autos öffne, und nach links könne der Sicherheitsabstand von mindestens einem Meter zum fließenden Verkehr nicht eingehalten werden. Ein solcher Streifen sei nach Paragraph 45, Absatz 9 der Straßenverkehrsordnung nur gerechtfertigt, wenn eine besondere Gefahrenlage für Radfahrer bestehe. Doch weder das Verkehrsaufkommen noch die Unfallstatistik würden das rechtfertigen. In seinem Vorhaben wird Laufenberg von Heinz Weinhausen unterstützt, einem der Initiatoren von „Planung von unten“.

„Nach heutiger Lage hat Laufenberg recht“, bestätigt Roland Huhn, Rechtsreferent des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs ADFC. Doch liege im Bundesverkehrsministerium eine Gesetzesnovelle vor, die nur noch vom

Bundesrat abgesegnet werden müsse. Trete sie in Kraft, so Huhn, entfalle die Verpflichtung der Kommunen, eine besondere Gefahrenlage nachzuweisen, wenn es um neue Radchutzstreifen auf der Fahrbahn geht. Die Kommunen könnten dann solche Schutzstreifen einrichten, wo sie wollen. Mit dem neuen Gesetz würde die Klage Laufenbergs gegenstandslos.

Klaus Harzendorf, Leiter des Amts für Straßen und Verkehrstechnik, reagiert gelassen: „Klagen kann er erst, wenn der Schutz-

Anzeige

BESTATTUNGSHAUS JEAN HERWEG

IN DELLBRÜCK SEIT 1860
WIR SIND GERNE FÜR SIE ERREICHBAR. JEDEN TAG, JEDERZEIT — ANRUF GENÜGT:
TELEFON (0221) 968 45 40
DELLBRÜCKER HAUPTSTRASSE 152

streifen gebaut ist.“ Außerdem gehe Laufenberg von falschen Voraussetzungen aus. Besagter Paragraph gelte für Radwege und Radstreifen, die sich abseits der Fahrbahn oder abgetrennt durch eine durchgezogene Linie auf ihr befinden. Radfahrer seien verpflichtet, diese zu benutzen. Doch hier handele es sich um einen Schutzstreifen mit unterbrochener Linie, für den das nicht gelte. „Man darf als Radfahrer hier fahren, muss es aber nicht“, sagt Harzendorf. Für diese Art der Schutzstreifen gelte der Paragraph nicht.



Bessere Angebote für Kinder

BÜRGERHAUSHALT
Bezirksvertreter wollen Anregungen einbeziehen

VON NORBERT RAMME

Kalk. Mehr und bessere Angebote für Jugendliche und einen großflächigen Ausbau des Stadtbahnnetzes – das sind die Hauptforderungen der Kölner Bezirksvertreter bei den Beratungen zum Bürgerhaushalt. Insgesamt waren knapp 650 Vorschläge und Anregungen von den Kölnern eingereicht worden in den Bereichen Kinder und Jugend, Kultur, Wirtschaftsförderung und Sparvorschläge. Im März will der Stadtrat über sie entscheiden.

„Die Vorschläge der Bürger sind wichtige Hinweise und Diskussionsgrundlagen“, sagte SPD-Fraktionschef Oliver Krems und bedauerte, dass die Beteiligung der Bürger in den vergangenen Jahren rückläufig ist. CDU-Kollege Jürgen Schuiszill will hierfür auch den Grund ausgemacht haben: „Einige Vorschläge aus alten Bürgerhaushalten sind immer noch nicht umgesetzt.“

Jugendeinrichtungen

Den Forderungen nach neuen Jugendeinrichtungen in Kalk und Merheim schlossen sich die Bezirksvertreter einstimmig an. Im

Bereich Kalk-Nord soll der „Pavillon“, der demnächst wegen großflächiger Umbauten der Wohnungsbau-Gesellschaft GAG wegfällt, in eine neue Jugendeinrichtung integriert werden. Hierzu soll die Verwaltung intensiv nach einem geeigneten Grundstück suchen. Zudem müsse sichergestellt sein, dass die Arbeit des „Pavillon“ auch während der Sanierung des Wohnblocks weiterlaufe. Im Gespräch sind derzeit Räumlichkeiten in einer leerstehenden Eckkneipe in der Nachbarschaft. Auch in Merheim sollen Räume gesucht werden, in denen an vier oder fünf Tagen in der Woche Kinder und Jugendliche betreut werden können. Einig waren sich die Bezirksvertreter, dass der Standort dieser Einrichtung so gewählt werden soll, dass sie auch von Jugendlichen aus Brück mitgenutzt werden kann. Zudem wollen die Politiker entgegen den Vorstellungen der Verwaltung den „Kalker Mittagstisch“ weiter fördern und nach Erweiterungsräumen suchen. Bislang gebe es kein flächendeckendes Angebot in Schulen oder Kindertagesstätten, das allen Kindern mittags ein warmes Essen ermöglicht. Daher sei der ehrenamtlich betriebene „Kalker Mittagstisch“ ein wei-



terhin notwendiges Projekt.

Bus und Bahn

Anstelle der mit hohen Kosten verbundenen Tiefenerlegung der Ost-West-Stadtbahn im Innenstadtbereich plädieren die Bezirksvertreter für eine Erweiterung der Kapazitäten im Kalker Stadtbezirk. So sollen auf den Bahnlinien 1 und 9 längere Züge eingesetzt werden. In den morgendlichen Spitzenzeiten soll die Linie 9 zwischen Ostheim und Deutz häufiger verkehren. Die S-Bahn-Haltestelle „Frankfurter Straße“ müsse als Umsteigepunkt besser ins bestehende Busnetz integriert werden, und in Rath-Heumar solle im Bereich der Eiler Straße ein zusätzlicher Haltepunkt entstehen. Das wäre nicht allzu schwierig, denn der ehemalige Bahnhof Porz-Heumar existiert dort noch.

Zu einer wesentlichen Verbesserung des Nahverkehrs in der Stadt gehöre die Einrichtung eines S-Bahn Voll-Ringes rund um die Stadt – mit einem attraktiven Haltepunkt in Kalk.

Graffiti aus dem „Pavillon“: Die Jugendeinrichtung soll in einer anderen Form weitergeführt werden.



Eine schmalere Fahrbahn, Schutzstreifen für Radfahrer und ein breiter Gehweg sollen auf der Frankfurter Straße entstehen. BILD: SCHÄFER